EINLADUNG

41. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Weiterbildung und Kultur

Gäste möchten sich bitte per E-Mail im BV-Büro (bvv@charlottenburg-wilmersdorf.de) anmelden. Sie erhalten dann eine Zugangsberechtigung vom Büro.

Sitzungstermin: Dienstag, 09.06.2020, 17:30 Uhr

Raum, Ort: BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Annahme von Niederschriften
- 3 Bibliothekenkonzept unter besonderer Berücksichtigung der Kosten- und Leistungsrechnung
- 4 Erläuternde Infotafel für Bronzeskulptur „Treblinka“ **1457/5**
Fraktion DIE LINKE
- 5 "Geschichte der Landesheilanstalt Meseritz-Obrawalde erforschen" **1451/5**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6 Geschichte der Hohenzollern kritisch darstellen **1437/5**
SPD-Fraktion
- 7 Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung
- 8 Verschiedenes

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Kempf
Ausschussvorsitzende

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1457/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Erläuternde Infotafel für Bronzeskulptur "Treblinka"

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, an der Bronzeskulptur „Treblinka“ des Bildhauers Vadim Sidur am Amtsgerichtsplatz zusätzlich zu der 1986 eingelassenen Mahntafel für die Opfer eine Infotafel über das Vernichtungslager Treblinka zu errichten. Der Text, der eine historische Einordnung von Treblinka ermöglichen wird, soll gemeinsam mit Expert*innen und Historiker*innen in der bezirklichen Gedenktafelkommission abgestimmt werden.

Der BVV ist bis zum 30.04.2020 zu berichten.

Begründung:

Die Bronzeskulptur „Treblinka“ des Bildhauers Vadim Sidur am Amtsgerichtsplatz mahnt an prominenter Stelle an die Opfer des Holocaust. Eine Mahntafel weist das Denkmal zwar den Opfern des Vernichtungslagers Treblinka II zu, es fehlen jedoch Informationen über das Vernichtungslager selbst, seine Rolle in der Vernichtungspolitik der Nationalsozialist*innen sowie die Opfer. Eine erläuternde Infotafel, wie sie bereits bei anderen Gedenkorten im Bezirk nachträglich angebracht wurde, soll helfen, das Geschehene besser zu verstehen und historisch einordnen zu können.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1451/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

"Geschichte der Landesheilanstalt Meseritz-Obrawalde erforschen"

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert zu prüfen, in welcher Weise die Bemühungen in der polnischen Partnerstadt Meseritz/Miedzyrzecz die Geschichte des Landeskrankenhauses Meseritz-Obrawalde aufzuarbeiten und darzustellen, unterstützt werden kann. Dazu soll Kontakt aufgenommen werden mit den Organisator*innen der Ausstellung „Totgeschwiegen 1933-45“ in der ehemaligen „Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik“ sowie der Pinel-Gesellschaft Berlin, die eine Ausstellung zum Thema Euthanasie erstellt hat.

Der BVV ist bis zum 31.5. 2020 zu berichten.

Begründung:

In der polnischen Partnerstadt befindet sich das „Krankenhaus für Nerven- und psychisch Kranke“. In diesem Krankenhaus, das ab 1938 zur Provinz Brandenburg gehörte, wurden in der Zeit von 1942 bis 1945 circa 10.000 Patientinnen und Patienten im Rahmen der von den Nationalsozialisten betriebenen „Euthanasie-“Aktionen ermordet. Damit ist dieser Tötungsort von ähnlicher Bedeutung wie der wesentlich bekanntere Hadamar in Hessen.

Im Mitgliederrundbrief 81 von August 2019 des Vereins „Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.“ führt der Historiker Robert Parzer aus, dass das Krankenhaus in der Darstellung und Vermittlung der Geschichte der Anstalt ohne jede finanzielle Unterstützung von deutscher Seite auf sich allein gestellt ist, der Opfer würdig zu gedenken, Angehörige und Interessierte zu betreuen, den riesigen Anstaltsfriedhof zu pflegen und eine Ausstellung zur Geschichte der Krankenmorde vor Ort zu erhalten. Und dies alles neben dem laufenden unterfinanzierten Krankenhausbetrieb.

Meseritz/Miedzyrzecz, das bis 1945 zu Deutschland gehörte, ist seit 1993 Partnerstadt von Wilmersdorf. Es ist dem polnischen Krankenhaus hoch anzurechnen, dass es sich der Geschichte der Morde an deutschen Patienten durch deutsche Täter angenommen hat. Die bestehenden Kontakte mit der polnischen Partnerstadt könnten durch ein gemeinsames Projekt im Hinblick auf die Geschichte der Landesheilstätte Meseritz-Obrawalde bereichert werden. Dabei kann auf die Expertise des Vereins „totgeschwiegen e.V.“ und der Pinel-Gesellschaft zurückgegriffen werden, die zum Thema Euthanasie und des Landeskrankenhauses Meseritz-Obrawalde gearbeitet haben.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Timper/Andres

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1437/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV	
-----	--

Geschichte der Hohenzollern kritisch darstellen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass eine Video-Installation, die das Haus Hohenzollern in der deutschen Geschichte kritisch beleuchtet, im U-Bahnhof Hohenzollernplatz installiert wird. Dazu soll eine Kommission berufen werden, die einen inhaltlichen Entwurf erarbeitet.

Der BVV ist bis zum 30.6.2020 zu berichten.

Begründung:

Die Rolle der Hohenzollern in der deutschen, preußischen und Berliner Geschichte wird zunehmend kritischer gesehen. Eine historische Darstellung an diesem Ort ist geeignet, das öffentliche Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die großen Vermögen der Herrschaftshäuser nicht von den Häusern selbst, sondern durch die Bevölkerungen der Herrschaftsgebiete generiert wurden und heute weitest möglich der gesamten Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Unterstützung des Nationalsozialismus durch das Haus Hohenzollern soll dabei auch näher beleuchtet werden.